

Working Paper No. 4

# Die deutsche Parteienlandschaft im Jahr 2023

*Michael Angenendt/Thomas Poguntke*

Februar 2024



**Inhalt:**

Inhalt: .....	1
Summary .....	2
Einleitung.....	2
Generelle Entwicklungen im politischen Jahr 2023 .....	2
Finanzpolitische Herausforderungen für die Koalitionsregierung .....	3
Streit um das Gebäudeenergiegesetz .....	4
Debatte um die Kindergrundsicherung.....	5
Einwanderungspolitik.....	5
Die wichtigsten Parteien im Detail.....	6
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und Christlich Soziale Union (CSU)....	7
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).....	9
Alternative für Deutschland (AfD).....	10
Freie Demokratische Partei (FDP) .....	11
Bündnis 90/Die Grünen .....	12
Die Linke .....	13
Landtagswahlen 2023.....	14
Berlin .....	14
Bremen .....	14
Bayern.....	15
Hessen .....	15
Fazit und Ausblick.....	18
Quellen und Literatur .....	19

Keywords: Parteien in Deutschland; Parteiensystem; Deutsche Politik; Landtagswahlen 2023

## Summary

The 2023 political landscape in Germany saw a focus on energy, climate, and migration, with a notable shift of the public agenda compared to previous years. Major internal events within parties, significant legal rulings impacting on the public budget, and debates on important legislation including the Heating Act and Child Basic Security marked the year. Land elections in Bavaria, Hesse, Bremen, and Berlin highlighted regional political shifts and challenges. The year contrasted sharply with 2022's emphasis on external political crises, showcasing the complexities of coalition governance and the diverging fiscal philosophies within the Traffic-Light Coalition, leading to internal tensions. These developments underscore the evolving priorities and challenges facing Germany's political parties and the electorate's shifting focus, reflecting broader socio-political and economic trends within the country.

## Einleitung<sup>1</sup>

Der vorliegende Beitrag liefert einen Überblick über die deutsche Parteienlandschaft im politischen Jahr 2023. Hierzu erfolgt zunächst die Vorstellung der wichtigsten Themenschwerpunkte des Jahres. Anschließend werden die wichtigsten Ereignisse in den deutschen Parteien diskutiert. Einen weiteren Schwerpunkt des Beitrages bilden die Landtagswahlen in Bayern, Hessen, Bremen und Berlin.

## Generelle Entwicklungen im politischen Jahr 2023

Im Jahr 2023 standen für die deutsche Bevölkerung insbesondere die Themen Energie, Klima und Migration im Fokus, während andere, wie hohe Kosten und gestiegene Preise als auch der Krieg in der Ukraine, an Bedeutung verloren haben (Tabelle 1). Insgesamt spiegelt die Tabelle eine Verschiebung der politischen Schwerpunkte wider, wenngleich das Thema Energie und Klima – wie schon im Jahr 2022 (Angenendt und Poguntke 2023) – die größte Bedeutung in der Bevölkerung besitzt. Obwohl das Interesse diesbezüglich im Dezember auf 28 Prozent gesunken ist, zeigt der hohe Mittelwert für das Gesamtjahr (Jahresmittel: 36,7 Prozent), dass die Energie- und Klimapolitik ein Kernanliegen der Bevölkerung war. Ein starker Anstieg des Interesses an den Themen Ausländer, Integration und Flüchtlinge ist festzustellen, von 11 Prozent im Januar auf 33 Prozent im Dezember. Obwohl das Thema Kosten und Preise zu Beginn des Jahres mit 29 Prozent noch relativ hoch bewertet wurde, sank das Interesse bis Dezember auf 13 Prozent, was auf eine Entspannung der wirtschaftlichen Lage und eine erfolgreiche Bewältigung des Inflationsdrucks hindeutet. Die Relevanz, die die Bevölkerung dem Krieg in der Ukraine zuschreibt, hat im Laufe des Jahres deutlich abgenommen (von 34 Prozent im Januar auf 6 Prozent im Dezember). Dies könnte auf eine Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung hindeuten.

---

<sup>1</sup> Sofern nicht anderweitig ausgewiesen stammen die in diesem Beitrag gemachten Angaben aus Medienberichten des Jahres 2023. Auf Internetquellen wurde am 2.2.2024 zuletzt zugegriffen. Wir danken Nico Bodden und Dana Shawky für ihre tatkräftige Unterstützung.

**Tabelle 1: Wichtigste politische Themen 2023 (Angaben in Prozent)**

Thema	Januar	Dezember	Mittelwert 2023
Energie, Versorgung, Klima	36,0	28,0	36,7
Ausländer, Integration, Flüchtlinge	11,0	33,0	22,0
Kosten, Löhne, Preise	29,0	13,0	21,3
Ukraine, Krieg, Russland	34,0	6,0	17,8
Politikverdruss	8,0	6,0	7,2
Soziales Gefälle	7,5	8,0	6,9
Wirtschaftslage	4,0	8,0	5,7
Rente	4,0	5,0	4,6
Gesundheitswesen, Pflege	4,5	3,0	4,6
Arbeitslosigkeit	3,5	3,0	3,9
Coronavirus	1,5	0	0,6

Anmerkung: Angaben in Prozent. In der Tabelle enthalten sind Mittelwerte für Januar 2023 und das Gesamtjahr 2023. Quelle: Eigene Berechnung anhand der Daten des Politbarometers, siehe Forschungsgruppe Wahlen 2023a.

Insgesamt betrachtet stand das politische Jahr 2023 in Deutschland im Kontrast zum vorangegangenen Jahr, in der vor allem außenpolitische Ereignisse dominierten (Angenendt und Poguntke 2023). Während das Jahr 2022 durch globale Herausforderungen wie den Krieg in der Ukraine und die daraus resultierende Energiekrise sowie eine sicherheitspolitische Neuausrichtung Deutschlands geprägt war (Angenendt und Kinski 2023), rückten im Jahr 2023 verstärkt innenpolitische Themen in den Fokus. Ein wesentliches Ereignis war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Umwidmung von Corona-Hilfsgeldern für den Klima- und Transformationsfonds untersagte. Dieses Urteil hatte weitreichende Auswirkungen auf die Finanzpolitik und offenbarte die Herausforderungen in der Haushaltsführung. Das sogenannte Heizungsgesetz und die Diskussionen um die Kindergrundsicherung waren weitere zentrale innenpolitische Themen, die die Agenda bestimmten.

Während die Bundesregierung im Jahr 2022 in außenpolitischen Fragen weitgehend einheitlich agierte, traten 2023 die internen Spannungen innerhalb der Ampel-Koalition deutlich hervor. Insbesondere in finanzpolitischen Fragen zeigten sich die Differenzen zwischen den Koalitionspartnern: Die FDP, die eine sparsame Haushaltspolitik priorisierte, stand oftmals im Gegensatz zu den Positionen der SPD und der Grünen, die eher bereit waren, zur Bewältigung wirtschaftlicher Herausforderungen mehr Schulden in Kauf zu nehmen. Diese unterschiedlichen finanzpolitischen Ansätze führten zu intensiven Debatten und Spannungen innerhalb der Koalition. Somit wurden im Jahr 2023 deutlich die Herausforderungen einer Koalitionsregierung sichtbar, der es zusehends misslingt, unterschiedliche politische Philosophien unter einem Dach zu vereinen.

### **Finanzpolitische Herausforderungen für die Koalitionsregierung**

Im November 2023 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass die Umschichtung von Mitteln, die ursprünglich zur Bekämpfung der Corona-Pandemie vorgesehen waren, aber letztlich nicht benötigt wurden, in den Klima- und Transformationsfonds nicht mit der Schuldenbremse des Grundgesetzes vereinbar war. Zwei Jahre zuvor hatte die Regierung entschieden, diese

nicht genutzten Kreditermächtigungen von 60 Milliarden Euro zu übertragen, um sie für zukünftige Haushaltsjahre nutzbar zu machen und damit zusätzliche Finanzierungsspielräume für die Förderung klimafreundlicher Produktion und Energieerzeugung zu schaffen. Das Bundesverfassungsgericht bemängelte insbesondere, dass der Gesetzgeber ausführlicher hätte darlegen müssen, warum die ursprünglich für die Bewältigung der Corona-Krise vorgesehenen Mittel später für Klimaschutzmaßnahmen verwendet werden sollten. Zudem wurde kritisiert, dass die zeitliche Trennung der Notlage von der Verwendung der Kreditermächtigungen gegen die Verfassungsgebote verstoße<sup>2</sup>. Die Entscheidung des Gerichts folgte auf eine Klage von 197 Abgeordneten der Unionsfraktion im Bundestag. Sie argumentierten, dass mit der Umschichtung die Schuldenbremse faktisch umgangen werde<sup>3</sup>. Das Urteil führte zu einem erheblichen Finanzloch im Haushalt und stellte die Bundesregierung vor große fiskalische Herausforderungen, da Projekte zur Energiewende, die aus dem Klima- und Transformationsfonds finanziert werden sollten, damit auf der Kippe standen. Innerhalb der Ampel-Koalition gab es deshalb Diskussionen darüber, wie auf das Urteil reagiert werden sollte. Ein wichtiger Punkt war die Frage, wie die Regierung den Haushalt neu strukturieren und die entstandene Finanzierungslücke schließen könnte, ohne dabei gegen verfassungsrechtliche Vorgaben zu verstoßen<sup>4</sup>. Vier Wochen nach dem Urteil einigten sich die Spitzen der Ampelkoalition nach langem Streit auf den Nachtragshaushalt für das Jahr 2023 sowie auf den Haushalt für das Jahr 2024<sup>5</sup>. Die Einigung betrifft vor allem das Schließen eines 17 Milliarden Euro großen Lochs im Etat, das durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts entstand. Infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts plante die Koalition, zukünftig Steuern auf Agrardiesel erheben zu wollen und Landwirtschaftsfahrzeuge kraftfahrzeugsteuerpflichtig zu machen. Diese Ankündigung löste organisierte Bauernproteste aus und mündete Mitte Dezember in einer Großdemonstration in Berlin<sup>6</sup>.

### **Streit um das Gebäudeenergiegesetz**

Die Entwicklung rund um die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes, das in der politischen Debatte als Heizungsgesetz bezeichnet wurde, war von intensiven Diskussionen geprägt. Zentrales Anliegen des Gesetzes war es, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, indem es den Austausch von Öl- und Gasheizungen förderte, um das Heizen in Deutschland klimafreundlicher zu gestalten. Das Gesetz zielte darauf ab, dass jede neu eingebaute Heizung künftig zu 65 Prozent auf Basis erneuerbarer Energien betrieben wird<sup>7</sup>. In seiner ursprünglichen Fassung hätte das bedeutet, dass ab 2024 defekte Gasheizungen in der Regel durch Wärmepumpen hätten ersetzt werden müssen, was zu erheblichen Mehrkosten für die Immobilienbesitzer und Mieter geführt hätte. Vor der Verabschiedung des Gesetzes gab es jedoch intensive Konflikte zwischen den Regierungsparteien, insbesondere auf Druck der FDP, die grundlegende Änderungen des ursprünglichen Entwurfs forderte und sich gegen den engen Zeitplan bis zur Verabschiedung des Gesetzes aussprach, während SPD und Grüne eine schnellere Verabschiedung

---

<sup>2</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/bundesverfassungsgericht-schuldenbremse-102.html>

<sup>3</sup> <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/finanzen-haushaltskrise-union-erhoeht-den-druck-auf-ampel-koalition-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-231208-99-220507>

<sup>4</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/bverfg-klimafonds-ampel-100.html>

<sup>5</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/ampelkoalition-erzielt-einigung-im-haushaltsstreit>

<sup>6</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/bauernproteste-gegen-treibstoffpreise-100.html>

<sup>7</sup> <https://dserver.bundestag.de/btd/20/068/2006875.pdf>

des Gesetzes forderten<sup>8</sup>. Trotz dieser Herausforderungen wurde das Gesetz schließlich vom Bundestag verabschiedet, wobei die ursprünglich strikten Vorgaben gelockert wurden. Das Bundesverfassungsgericht hatte zuvor jedoch Bedenken hinsichtlich der Rechte der Abgeordneten wegen des knappen Zeitplans des Gesetzgebungsverfahrens geäußert und die Verabschiedung vor der Sommerpause gestoppt, weshalb es erst nach der Sommerpause am 8. September vom Bundestag beschlossen wurde<sup>9</sup>. Die Debatte um das Heizungsgesetz spiegelt die unterschiedlichen Ansichten innerhalb der Koalitionsparteien wider, insbesondere in Bezug auf die Balance zwischen Klimaschutzzielen und wirtschaftlicher Praktikabilität<sup>10</sup>.

### Debatte um die Kindergrundsicherung

Die Debatte um die Einführung der Kindergrundsicherung war ein zentrales Thema in der Familienpolitik. Das Ziel der Kindergrundsicherung war es, Kinder aus der Armut zu holen, indem bisherige Leistungen wie Kindergeld, Bürgergeld und Kinderzuschlag zusammengeführt wurden. Obwohl Experten die Grundidee der Bündelung familienpolitischer Leistungen begrüßten, gab es erhebliche Zweifel an der Art und Weise, wie dies umgesetzt werden sollte. Kritisiert wurde vor allem die befürchtete Erhöhung der Verwaltungskosten. Zudem wurde bemängelt, dass der Gesetzentwurf keine Anhebung des Existenzminimums für Kinder vorsah, was von Wohlfahrtsverbänden als enttäuschend bezeichnet wurde<sup>11</sup>. Nach monatelangen Diskussionen einigte sich die Bundesregierung auf Eckpunkte für die neue Familienleistung, die im Jahr 2025 in Kraft treten und Leistungen für Familien leichter zugänglich machen soll. Insbesondere zwischen der FDP unter Finanzminister Christian Lindner und der grünen Familienministerin Lisa Paus kam es zu erheblichen Auseinandersetzungen um die Höhe der finanziellen Mittel für die Kindergrundsicherung<sup>12</sup>. Die Auseinandersetzungen spiegelten damit auch die unterschiedlichen sozialpolitischen Ansichten innerhalb der Koalition wider: Die FDP, mit Finanzminister Lindner an der Spitze, betonte, dass der Schlüssel im Kampf gegen Kinderarmut in Bildung und Integration liege, finanzielle Transfers allein seien nicht ausreichend. Im Gegensatz dazu stand die Haltung der Grünen, die stärker auf direkte finanzielle Unterstützung abzielten<sup>13</sup>.

### Einwanderungspolitik

Im Jahr 2023 unternahm die Bundesregierung mehrere Schritte im Bereich der Migrations- und Einwanderungspolitik. Im Mai schloss sie ein Abkommen mit dem Irak, um die Rückführung von Asylsuchenden zu erleichtern<sup>14</sup>. Im Juni beschloss der Bundestag mit den Stimmen der Ampelkoalition, die Einwanderung von Fachkräften zu vereinfachen<sup>15</sup>. Weiterhin erzielte

---

<sup>8</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/heizungsgesetz-126.html>

<sup>9</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/eilantrag-heizungsgesetz-100.html>

<sup>10</sup> <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/energie-nach-haengepartie-bundestag-beschliesst-heizungsgesetz-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230908-99-121373>

<sup>11</sup> <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-977420>

<sup>12</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-09/kindergrundsicherung-bundeskabinett-beschluss-gesetz-entwurf>

<sup>13</sup> <https://www.fr.de/politik/kinderarmut-christian-lindner-kindergrundsicherung-ampel-zoff-gruene-paus-zr-92537737.html>

<sup>14</sup> <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/migrationsabkommen-deutschland-irak-100.html>

<sup>15</sup> <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw25-de-fachkraefte-954400>

die Europäische Union im Juni eine Reform des Asylrechts, wobei Deutschland Zugeständnisse machte. Ziel ist es, die Einreise in die Europäische Union von Menschen ohne Bleibeperspektive zu verringern<sup>16</sup>. Im Oktober hat die Bundesregierung strengere Regeln für Abschiebungen eingeführt, um Polizei und Behörden erweiterte Kompetenzen zu verleihen. Allerdings ist aufgrund der Überlastung der Ausländerbehörden keine wesentliche Änderung beim Kernproblem zu erwarten. Diese Maßnahmen stießen vor allem bei den Grünen auf Kritik<sup>17</sup>. Zuvor gab Kanzler Scholz dem Nachrichtenmagazin SPIEGEL ein vielbeachtetes Interview, in dem er schnellere Abschiebungen forderte<sup>18</sup>. Gleichzeitig wurde der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft erheblich erleichtert, unter anderem durch die Verkürzung der Mindestaufenthaltsfristen und der Ausweitung der Möglichkeit zur doppelten Staatsbürgerschaft.

### Die wichtigsten Parteien im Detail

Die Betrachtung der Wahlabsicht im Jahresverlauf (Abbildung 1) offenbart, dass die Oppositionsparteien CDU/CSU kontinuierlich den größten Zuspruch in der Bevölkerung genossen, eine Entwicklung, die sich aus dem Vorjahr fortsetzt (Angenendt und Poguntke 2023). Im Gegensatz dazu erreichte die SPD als größte Regierungspartei nicht Zustimmungswerte, die ihrem letzten Bundestagswahlergebnis entsprechen, besonders im letzten Jahresdrittel, wo sie etwa 10 Prozentpunkte darunter lag. Die FDP, als kleinster Koalitionspartner, rangierte meist knapp über der 5-Prozent-Hürde. Es scheint, als ob besonders die FDP für ihre Koalition mit den linken Parteien SPD und Grünen von den Wählern kritisch beurteilt wurde. Die Grünen übertrafen in den Umfragen als einzige Regierungspartei ihr Wahlergebnis von der letzten Bundestagswahl. Die Linkspartei konnte sich nicht signifikant verbessern und liegt nach wie vor in der Nähe der 5-Prozent-Marke. Die AfD gewann hingegen deutlich an Zustimmung. Diese Entwicklungen reflektieren eine kritische Haltung gegenüber der Ampel-Koalition und zeigen die AfD als Nutznießer der Unzufriedenheit.

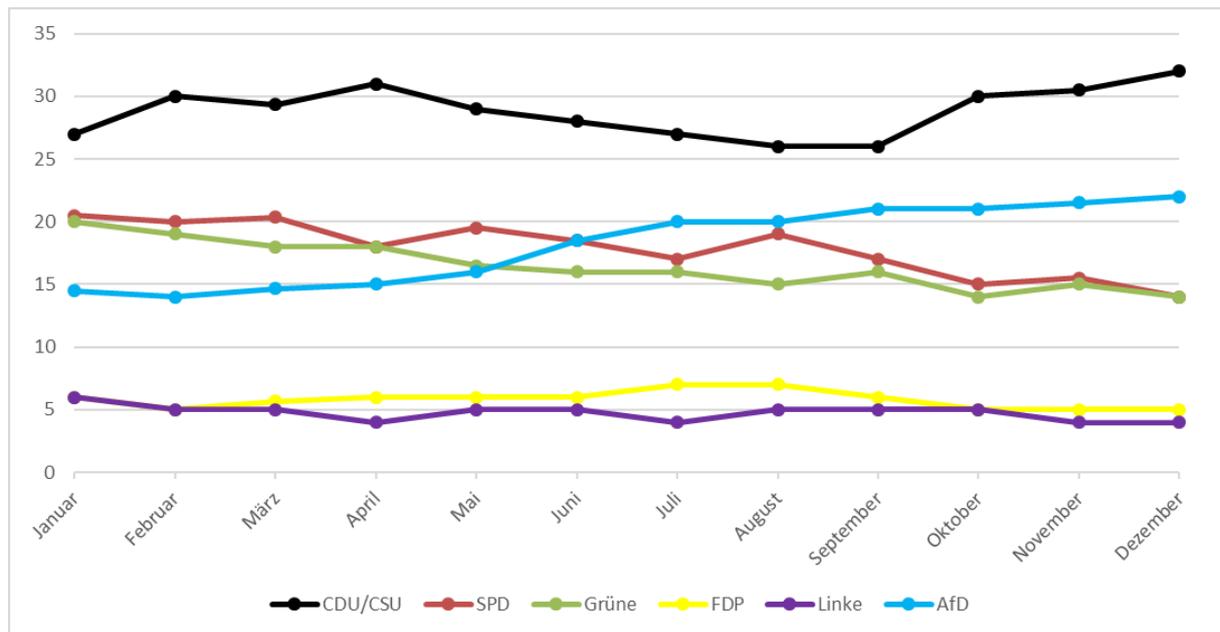
---

<sup>16</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-asylreform-einigung-100.html>

<sup>17</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/asylrecht-kabinett-100.html>

<sup>18</sup> <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/olaf-scholz-ueber-migration-es-kommen-zu-viele-a-2d86d2ac-e55a-4b8f-9766-c7060c2dc38a>

Abbildung 5: „Sonntagsfrage“: Wahlabsichten der Deutschen 2023



Anmerkung: Alle Angaben in Prozent. Quelle: Eigene Darstellung anhand der Daten des Politbarometers, siehe Forschungsgruppe Wahlen 2023b

### Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und Christlich Soziale Union (CSU)

Die Entwicklung der CDU/CSU im Jahr 2023 zeigt eine Partei im Umbruch, die versucht, sich neu zu positionieren und gleichzeitig mit internen Spannungen und der Herausforderung, eine einheitliche Linie gegenüber der AfD zu finden, umzugehen. So gab es parteiinterne als auch öffentliche Kritik am Parteivorsitzenden Friedrich Merz wegen seiner Haltung zur AfD<sup>19</sup>: Im Interview mit dem Fernsehsender ZDF sagte Merz im Juli, dass er eine Zusammenarbeit seiner Partei mit der AfD auf der kommunalen Ebene nicht ausschließe<sup>20</sup>. Nach der öffentlichen Kritik an seiner Aussage ruderte er wenige Tage später zurück und verkündete auf dem Nachrichtendienst Twitter, dass es auch auf kommunaler Ebene keine Zusammenarbeit geben werde<sup>21</sup>. Im September wurde Merz die Übernahme rechtspopulistischer Rhetorik vorgeworfen, nachdem er dem Fernsehsender WELT gesagt hatte, Asylbewerber nähmen den Deutschen die Arzttermine weg und würden sich die Zähne neu machen lassen<sup>22</sup>.

Wenngleich Friedrich Merz als Parteivorsitzender nicht offen herausgefordert wird, stellt sich die Frage, ob er tatsächlich auch der nächste Kanzlerkandidat der Unionsparteien werden wird. Nachdem chaotischen Findungsprozess eines Kanzlerkandidaten für die letzte Bundestagswahl (Angenendt und Kinski 2022), herrscht in der Union die Befürchtung, dass die

<sup>19</sup> <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Merz-ueber-Zusammenarbeit-mit-AfD-Reaktionen-aus-Niedersachsen,merz236.html>

<sup>20</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/friedrich-merz-zdf-sommerinterview-afd-cdu-zusammenarbeit-kommunalpolitik-1.6058147>

<sup>21</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/merz-kritik-104.html>

<sup>22</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/migration-lassen-sich-die-zaehne-machen-kritik-an-merz-aussage-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230928-99-359749>

nächste Suche nach einem Spitzenkandidaten ähnlich verlaufen könnte<sup>23</sup>. CSU-Chef Markus Söder, der sich vor der letzten Bundestagswahl mit Armin Laschet einen Machtkampf um die Spitzenkandidatur lieferte (Angenendt und Kinski 2022), bekräftigte allerdings, dass er sich nicht erneut bewerben werde; seinen Platz sehe er in Bayern<sup>24</sup>. Allerdings sieht Merz sich mit einer Reihe von Ministerpräsidenten der Union konfrontiert, die ihn in der Frage der Spitzenkandidatur herausfordern könnten. So bekräftigte im Dezember Hendrik Wüst, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, dass er in der Frage mitreden möchte und die Kanzlerkandidatur in der Union noch nicht für entschieden hält<sup>25</sup>. In Schleswig-Holstein hat Ministerpräsident Daniel Günther mit seinem liberalen Kurs Erfolg und im Jahr 2022 die AfD aus dem Landtag gedrängt<sup>26</sup>. Seine Position ist in der Partei deshalb nicht zu ignorieren, und es gibt Spannungen mit dem von Merz eingeschlagenen Kurs<sup>27</sup> <sup>28</sup>. Ähnlich verhält es sich mit Boris Rhein in Hessen<sup>29</sup>, der ebenfalls Mitsprache bei der Kanzlerkandidatenfrage fordert<sup>30</sup>, sowie Kai Wegner in Berlin, der sich gegen die Zusammenarbeit mit der AfD auf kommunaler Ebene ausspricht<sup>31</sup>.

Der Versuch, ihre politische Positionierung im Parteienwettbewerb zu klären, führte bei der CDU zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms, das im Dezember vorgestellt wurde und im Jahr 2024 verabschiedet werden soll<sup>32</sup>. Es ist das vierte Grundsatzprogramm in der Geschichte der Partei und enthält u. a. eine strengere Migrationspolitik, ein Bekenntnis zu Israel, Steuererleichterungen, Technologieoffenheit in der Energiepolitik und eine kapitalgedeckte Rente, die die staatliche ergänzen soll. Obwohl Grundsatzprogramme zwar selten direkt von Wählern gelesen werden, sendet die CDU mit dieser Neuausrichtung ein klares Zeichen an die Öffentlichkeit, dass sie ihr konservatives Profil stärker betonen möchte und signalisiert damit eine Abgrenzung von der Ära Merkel. Allerdings finden sich auch progressive Positionen im Programm wieder: So wird die Ehe nicht mehr als Gemeinschaft zwischen Mann und Frau, sondern als Gemeinschaft von zwei Menschen definiert<sup>33</sup>.

Die Abgrenzung der Union zum rechten politischen Rand zeigte sich im Jahr 2023 auch am Umgang mit dem CDU-Mitglied und früheren Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen: Wegen seiner Nähe zur AfD strebte die CDU-Führung den Parteiausschluss an und

<sup>23</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/wuest-rhein-guenther-die-alternativen-zu-cdu-chef-friedrich-merz/29290460.html>

<sup>24</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/soeder-kanzlerkandidatur-100.html>

<sup>25</sup> <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/kanzlerkandidat-cdu-wuest-100.html>

<sup>26</sup> <https://www.abendblatt.de/region/schleswig-holstein/article241479870/Regierungsarbeit-Was-in-Kiel-besser-laeuft-als-in-Berlin.html>

<sup>27</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/politbarometer2go-kanzlerkandidaten-union-soeder-merz-wuest-guenther-100.html>

<sup>28</sup> <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/daniel-guenther-distanziert-sich-von-thueringer-cdu-a-15acb-dec-6d32-413a-9420-ad2a8ca55bad>

<sup>29</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/hessenwahl-boris-rhein-das-ist-der-neue-aufsteiger-der-cdu-/29431544.html>

<sup>30</sup> <https://www.fr.de/politik/cdu-kanzlerkandidatur-hendrik-wuest-boris-rhein-hessenwahl-2023-zr-92435121.html>

<sup>31</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-08/kanzlerkandidatur-der-union-kai-wegner>

<sup>32</sup> <https://www.zeit.de/news/2023-12/06/merz-erster-entwurf-des-neuen-cdu-grundsatzprogramms-fertig>

<sup>33</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/cdu-grundsatzprogramm-102.html>

entzog ihm im Februar die Mitgliedsrechte<sup>34</sup>. Doch das Kreisparteigericht in Thüringen lehnte im Juli diesen Schritt ab, wodurch Maaßen vorerst Parteimitglied blieb<sup>35</sup>. Die Bundes-CDU plante daraufhin, gegen diese Entscheidung beim Thüringer Landesparteigericht Berufung einzulegen. Letztlich kam Maaßen seinem drohenden Parteiausschluss zuvor, da er im Januar 2024 seinen Austritt aus der CDU bekannt gab<sup>36</sup>.

Die internen Spannungen bezüglich der strikten Abgrenzung gegenüber der AfD manifestierten sich im September zudem durch eine kontroverse Abstimmung im Thüringer Landtag: So warf die Staatskanzlei von Thüringen der Thüringer CDU vor, eine Absprache mit der AfD im Landtag getroffen zu haben, um eine Steuersenkung durchzusetzen. Die CDU versicherte anschließend, dass es keine Absprachen gegeben habe<sup>37</sup>. In Bremen hat der CDU-Landeschef Carsten Meyer-Heder im September nach einem umstrittenen Interview, in dem er eine Zusammenarbeit mit der AfD auf kommunaler Ebene nicht kategorisch ausschloss, seinen Rücktritt erklärt.

### Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Für die SPD markiert das Jahr 2023 eine Phase der Selbstreflexion und der Konfrontation mit ihrer Rolle als führende Kraft innerhalb der Ampel-Koalition. So boten die im Mai begangenen Feierlichkeiten zum 160-jährigen Bestehen einen kurzen symbolischen Moment der Besinnung auf das Thema soziale Gerechtigkeit, die Kernkompetenz der SPD. Mehr als zwei Jahre nach der letzten Bundestagswahl scheint allerdings von dem Ende 2021 vom Parteichef Lars Klingbeil beschworen sozialdemokratischen Jahrzehnt nicht viel übrig geblieben zu sein<sup>38</sup>. Die Partei sah sich in der Ampel-Koalition oft im Schatten der Auseinandersetzungen zwischen FDP und Grünen, insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Klimapolitik, während sie gleichzeitig versuchte, ihre sozialdemokratische Agenda voranzutreiben. Dies liegt nicht zuletzt am Regierungsstil von Bundeskanzler Olaf Scholz, der häufig erst spät in laufende Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionspartnern eingreift und auch in der öffentlichen Kommunikation sehr zurückhaltend agiert. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich im Jahr 2023 deutlich die Herausforderungen für die SPD herauskristallisierten: Die Partei steht vor der Aufgabe, ihre Position in der Ampel-Koalition zu stärken und sich in der Öffentlichkeit als treibende Kraft für soziale Gerechtigkeit zu profilieren, was ihr im Jahr 2023 allerdings kaum gelang. Dies liegt auch daran, dass andere Themen die politische Agenda dominierten (siehe Tabelle 1) sowie an der vergleichsweise schwachen Position der SPD innerhalb der Drei-Parteien-Koalition; noch nie war die Partei des Kanzlers innerhalb einer Regierungskoalition zahlenmäßig schwächer<sup>39</sup>. Im Juli beispielsweise forderte Parteichef Lars Klingbeil angesichts hoher Lebenshaltungskosten eine Erhöhung des Mindestlohns auf 14 Euro und höhere Steuern für Reiche<sup>40</sup>; im August wurde ein internes Dokument der Fraktionsspitze bekannt, in dem ein

---

<sup>34</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-02/cdu-vorstand-beschliesst-ausschlussverfahren-gegen-hans-georg-maassen>

<sup>35</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/hans-georg-maassen-cdu-parteiausschluss-werteunion-100.html>

<sup>36</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/maassen-cdu-austritt-100.html>

<sup>37</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/thueringen-afd-beschlussvorlage-100.html>

<sup>38</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/spd-160-jahre-100.html>

<sup>39</sup> <https://www.wahlrecht.de/ergebnisse/bundestag.htm>

<sup>40</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/spd-klingbeil-mindestlohn-steuern-1.5989561>

bundesweiter Mietenstopp für drei Jahre in angespannten Wohngebieten gefordert wurde<sup>41</sup>. Auch trauen immer weniger Menschen der SPD zu, die soziale Ungleichheit im Land zu verringern<sup>42</sup>. Die schwierige Lage der SPD lässt sich auch daran ablesen, dass laut einer im Dezember veröffentlichten Umfrage mittlerweile mehr Menschen der rechtspopulistischen AfD als der SPD zutrauen, die Probleme in Deutschland am besten zu lösen<sup>43</sup>.

Die Landtagswahlergebnisse 2023 spiegelten ein gemischtes Bild wider (siehe Abschnitt Landtagswahlen 2023): Während ihr zwar in Bremen ein Stimmenzuwachs gelang, musste sie in den anderen Bundesländern Verluste hinnehmen. In Berlin führte interne Kritik und das historisch schlechte Wahlergebnis bei der Wiederholungswahl im Februar dazu, dass der ursprünglich für Juni geplante Landesparteitag auf Mai vorgezogen wurde<sup>44</sup> <sup>45</sup>. Dies zeigt das Bedürfnis nach einer schnellen Auseinandersetzung mit den Wahlergebnissen und der inhaltlichen Ausrichtung der Partei.

### Alternative für Deutschland (AfD)

Im Jahr 2023 durchlief die AfD eine markante Entwicklungsphase, die von einer weiteren Radikalisierung und signifikanten Wahlerfolgen gekennzeichnet war. Zehn Jahre nach ihrer Gründung hat sich die Partei im deutschen Parteiensystem fest etabliert und ist inhaltlich immer weiter nach rechts gerückt, wobei sie sich insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern als starke Kraft behauptet (Angenendt und Brause 2024). Aufgrund ihres Höhenflugs in den Umfragen ab März (siehe Abbildung 1) erklärte die Parteivorsitzende Alice Weidel im Juni, dass ihre Partei für die nächste Bundestagswahl einen eigenen Kanzlerkandidaten aufstellen werde<sup>46</sup>.

Im September gelang es der AfD sogar erstmals in einer Bevölkerungsumfrage, zweitstärkste Kraft zu werden, was zu einer Beunruhigung in Deutschland führte<sup>47</sup>.

Im Thüringer Kreis Sonneberg erzielte die AfD im Juni ihren ersten Sieg bei einer Landratswahl in Deutschland. Robert Sesselmann, der Kandidat der AfD, konnte sich in der Stichwahl gegen den amtierenden Landrat Jürgen Köpper von der CDU durchsetzen. Die Wahl ist damit historisch, da die Partei das erste Mal ein kommunales Spitzenamt erlangte<sup>48</sup>.

<sup>41</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-08/wohnungsmarkt-spd-will-mieterhoehungen-stark-be-grenzen>

<sup>42</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ampelkoalition-diese-sieben-grafiken-erklaeren-den-niedergang-der-spd/100003036.html>

<sup>43</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ampelkoalition-diese-sieben-grafiken-erklaeren-den-niedergang-der-spd/100003036.html>

<sup>44</sup> <https://www.rbb24.de/politik/wahl/abgeordnetenhaus/agh-2023/beitraege/berlin-agh-wahl-spd-historisch-schwach-ergebnis-wiedervereinigung.html>

<sup>45</sup> <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2023/03/berlin-spd-landesparteitag-vorgezogen-interne-kritik-koalition.html>

<sup>46</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-kanzlerkandidaten-100.html>

<sup>47</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3372.html>

<sup>48</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-in-sonneberg-robert-sesselmann-gewinnt-landratswahl-18989834.html>

Einen weiteren bedeutenden Erfolg verzeichnete die AfD einen Monat darauf mit der Wahl ihres Politikers Hannes Loth zum hauptamtlichen Bürgermeister in Raguhn-Jeßnitz. Loth gewann in der zweiten Runde der Bürgermeisterwahl gegen den parteilosen Kandidaten Nils Naumann<sup>49</sup>.

Im Leitantrag der AfD zur Europawahl 2024 wurde ursprünglich die Auflösung der EU gefordert, eine Position, die von der Partei später als „Versehen“ bezeichnet wurde. Die Bundesprogrammkommission, inklusive der Parteivorsitzenden Alice Weidel und Tino Chrupalla, schlug vor, die Passage zu ändern, um lediglich die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft zu fordern. Diese Entwicklung unterstreicht die internen Diskrepanzen innerhalb der AfD bezüglich ihrer EU-Politik<sup>50</sup>.

Die Immunität des Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke wurde im September wegen des erneuten Verdachts auf Volksverhetzung aufgehoben, ebenso wie die des thüringischen AfD-Landtagsabgeordneten Torsten Czuppon<sup>51</sup>. Die AfD zeigt sich trotz dieser Entwicklungen unbeeindruckt, da man zuversichtlich sei, dass sich die Vorwürfe als unbegründet erweisen werden. Zusätzlich wurde Höcke von der Staatsanwaltschaft Halle angeklagt, in einer Rede eine SA-Losung verwendet zu haben, was er in Abrede stellt<sup>52</sup>.

Der Verfassungsschutz Sachsen hat den dortigen AfD-Landesverband im Dezember als eindeutig rechtsextremistisch bewertet<sup>53</sup>. Diese Einschätzung folgt ähnlichen Bewertungen der AfD-Landesverbände in Thüringen und Sachsen-Anhalt, womit Sachsen der dritte Landesverband der Partei ist, der offiziell als rechtsextremistisch eingestuft wurde.

Abschließend betrachtet unterstreichen die Erfolge der AfD in den Umfragen und auf kommunaler Ebene im Jahr 2023 ein wachsendes Unbehagen in Teilen der Bevölkerung bezüglich der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Der Partei gelingt es, diese Stimmung zu ihrem Vorteil zu nutzen, bleibt aber in der politischen Landschaft Deutschlands aufgrund ihrer rechtsextremen Tendenzen hochgradig polarisierend.

### Freie Demokratische Partei (FDP)

Das Jahr 2023 stellte für die FDP – als kleinster Koalitionspartner in der Ampel-Koalition – eine kritische Phase dar: In den Umfragen lag sie fast das ganze Jahr nur knapp über der 5-Prozent-Hürde (siehe Abbildung 1) und erlitt bei allen Landtagswahlen Stimmenverluste (siehe Tabelle 2). Insofern zeigt sich, dass die FDP als liberale Partei eine schwierige Position in der Ampel-Koalition innehat, da sie sich zwei linken Parteien gegenüber sieht. Die FDP ringt deshalb um ihre Eigenständigkeit und versucht, ihre politischen Kernthemen innerhalb der Koalition zu schärfen, um die Unterstützung der Wähler zurückzugewinnen. Der Preis hierfür ist, dass sie

<sup>49</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-07/raguhn-jessnitz-afd-erster-hauptamtlicher-buergermeister>

<sup>50</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/afd-eu-100.html>

<sup>51</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/hoেকে-landtag-immunitaet-100.html>

<sup>52</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/hoেকে-landtag-immunitaet-100.html>

<sup>53</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/verfassungsschutz-afd-sachsen-rechtsextremistisch-100.html#:~:text=Landesamt%20f%C3%BCr%20Verfassungsschutz%20AfD%20in%20Sachsen%20%22gesichert%20rechtsextremistisch%22&text=Der%20s%C3%A4chsische%20Verfassungsschutz%20hat%20den,Landesverband%20mit%20einer%20solchen%20Bewertung>

häufig als Störfaktor innerhalb der Koalition wahrgenommen wird, ohne ihre liberale Kernwählerschaft zufrieden stellen zu können.

Auf ihrem Parteitag im April strebte die FDP danach, sich auf ihre grundlegenden Prinzipien, insbesondere in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, zu besinnen. Gleichzeitig wurde auf dem Parteitag die Frustration über die schwierige Zusammenarbeit innerhalb der Ampel-Koalition sowie das Bedürfnis, sich von ihren Koalitionspartnern insbesondere in Fragen der Energie- und Wirtschaftspolitik abzugrenzen, deutlich<sup>54</sup>. So sprach sich beispielsweise Parteichef Christian Lindner gegen weitere Steuererhöhungen aus<sup>55</sup>. Der Unmut über die schlechten Wahlergebnisse und niedrigen Umfragewerte führten schließlich im November dazu, dass eine Gruppe von FDP-Mitgliedern eine Mitgliederbefragung zum Verbleib in der Ampel-Koalition anstrebte. In der Befragung sprach sich eine knappe Mehrheit für den Verbleib in der Koalition aus. Das Ergebnis dieser Befragung gilt als wichtiges Stimmungsbild innerhalb der Partei, obwohl es laut Parteisatzung für die Parteigremien nicht bindend ist<sup>56</sup>.

Ihre schwierige Position in der Regierungskoalition und der Wunsch nach Abgrenzung, vornehmlich gegenüber den Grünen, führte im Jahr 2023 zu mehreren Konflikten innerhalb der Koalition: Im März sprach sich die FDP beispielsweise gegen die Pläne von Wirtschaftsminister Robert Habeck aus, die Installation neuer Öl- und Gasheizungen ab 2024 zu verbieten. Die FDP kritisierte das Vorhaben als unrealistisch und finanziell nicht tragbar<sup>57</sup>. Der Streit zog sich über mehrere Monate und prägte die politische Debatte (siehe generelle politische Entwicklungen)<sup>58</sup>. Ein weiterer Konflikt zwischen FDP und Grünen war die Kindergrundsicherung (siehe generelle politische Entwicklungen): Erst nach monatelangen Auseinandersetzungen über die Finanzierung der Kindergrundsicherung zwischen Familienministerin Paus (Grüne) und Finanzminister Lindner (FDP) wurde ein Kompromiss gefunden. Paus hatte für deutlich höhere Beiträge zur Unterstützung von Kindern aus einkommensschwachen Familien plädiert; mehr als Lindner bereitstellen wollte. Ein wichtiger Wendepunkt im Konflikt war im August Paus' Blockade des von Lindner vorgeschlagenen Wachstumschancengesetzes mit Steuererleichterungen für Unternehmen<sup>59</sup>. Die Blockade diente als Druckmittel, um mehr finanzielle Mittel für die Kindergrundsicherung von Lindner zu erwirken.

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Die Grünen sahen sich im Jahr 2023 mit der Aufgabe konfrontiert, ihre politischen Ziele unter schwierigen innenpolitischen Rahmenbedingungen weiterzuverfolgen: Auf ihrem Parteitag im November musste sie sich mit Kritik von der Parteibasis auseinandersetzen, insbesondere in Bezug auf die Umsetzung des sogenannten Heizungsgesetzes, das von vielen Mitgliedern als unzureichend für den Klimaschutz angesehen wurde<sup>60</sup>. Aufgrund des Urteils des Bundesver-

---

<sup>54</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/fdp-parteitag-229.html>

<sup>55</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-04/fdp-bundesparteitag-spd-gruene-ampel-koalition-steuer-erhoehungen>

<sup>56</sup> <https://taz.de/FDP-Mitgliederbefragung-zur-Ampel/!5975435/>

<sup>57</sup> <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/habeck-heizungsplaene-kritik-101.html>

<sup>58</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/heizungsgesetz-106.html>

<sup>59</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-09/kindergrundsicherung-bundeskabinett-beschluss-gesetz-entwurf>

<sup>60</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/gruene-parteitag-krisezeit-100.html>

fassungsgerichts, das die Umwidmung von Corona-Hilfsgeldern für den Klima- und Transformationsfond verbot (siehe generelle politische Entwicklungen), rang die Partei mit Fragen zur Machbarkeit der Ampel-Koalition ohne ausreichende Finanzierung und ihrer Rolle als Regierungspartner. Die Parteibasis zeigte sich unzufrieden, auch mit den Verschärfungen der Migrationspolitik, und forderte eine klarere Positionierung<sup>61</sup>.

Obwohl die Grünen im Jahr 2023, anders als die anderen Ampel-Parteien ihre Umfragewerte in der Nähe des Bundestagswahlergebnisses halten konnten (siehe Abbildung 1), mussten sie dennoch Einbußen in der Wählergunst hinnehmen. Insbesondere im Kontext der politischen Auseinandersetzungen um das Heizungsgesetz fiel ihre Zustimmung in einer Umfrage auf 13 Prozent – den niedrigsten Stand seit 2018<sup>62</sup>. Ein Grund dafür mag die Herausforderung sein, ihre klimapolitischen Prinzipien mit den Realitäten der Energiepolitik und wirtschaftlichen Interessen in Einklang zu bringen. So stellte beispielsweise Anfang des Jahres die Räumung des Braunkohletagebaus Lützerath einen bedeutenden Stresstest für die Grünen dar, da die Klimaaktivisten Unverständnis zeigten für die Vereinbarung von Bundesminister Habeck und der nordrhein-westfälischen Ministerin Neubauer (beide Grüne) mit dem Betreiber RWE, dass das Dorf dem Tagebau weichen soll<sup>63</sup>. Zusammenfassend lässt sich deshalb sagen, dass das Jahr 2023 für die Grünen von internen Diskussionen sowie der Bewältigung koalitionsinterner Konflikte geprägt war.

## Die Linke

Für die Linkspartei stellte das Jahr 2023 eines der schwierigsten seit ihrer Gründung im Jahr 2007 dar, als sich die WASG und die PDS zusammenschlossen. Im August trat die Linken-Fraktionschefin Amira Mohamed Ali aufgrund der Behandlung der prominenten Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht durch ihre Partei von ihrem Amt zurück. Den Ausschlag gab die Distanzierung der Parteispitze von Wagenknecht im Juni. Mohamed Ali fand es zunehmend schwierig, den Kurs der Parteiführung öffentlich zu vertreten, da dieser vielfach ihren politischen Überzeugungen widersprach<sup>64</sup>. Im Kern geht es bei diesem Konflikt um die Kritik von Sahra Wagenknecht an dem zunehmend identitätspolitischen Kurs der Linken, der seinen Kulminationspunkt in der Nominierung einer prominenten Migrationsaktivistin als Spitzenkandidatin für die Europawahlen erreichte. Demgegenüber vertritt Wagenknecht einen ökonomisch traditionell linken, aber auch migrationskritischen und russlandfreundlichen Kurs. Im Oktober kündigte der Bundestagsabgeordnete Thomas Lutze seinen Austritt aus der Fraktion an und seinen Wechsel zur SPD. Dadurch schrumpfte die Fraktion auf 38 Mandate und blieb nur knapp über der Grenze für den Fraktionsstatus<sup>65</sup>. Der Co-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch entschied sich, vorerst im Amt zu bleiben und die Fraktion alleine zu führen<sup>66</sup>. Sahra Wagenknecht

<sup>61</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/gruene-parteitag-248.html>

<sup>62</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gruene-verlieren-weiter-an-zustimmung-umfrage-von-insa-18925260.htm>

<sup>63</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/luetzerath-wird-zum-stresstest-fuer-die-gruenen-raeumung-fuer-tagebau-18587628.html>

<sup>64</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/linke-fraktionsvorsitz-mohamed-ali-ruecktritt-wagenknecht-1.6103083?reduced=true>

<sup>65</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/linken-abgeordneter-lutze-wechselt-zur-spd-fraktionsstatus-gefaehrdet-19229370.html>

<sup>66</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-10/dietmar-bartsch-amira-mohamed-ali-linken-fraktionsvorsitz>

verließ schließlich im Oktober zusammen mit mehreren Abgeordneten die Linkspartei und gründete zeitgleich einen Verein, der das Ziel hatte, eine neue Partei auf den Weg zu bringen<sup>67</sup>. Die eigentliche Gründung der Partei „Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit“ fand am 8. Januar 2024 statt<sup>68</sup>. Durch den Austritt Wagenknechts und ihrer Gefolgsleute verlor die Linke die notwendige Anzahl an Mandaten, um den Fraktionsstatus im Bundestag zu halten, was im Dezember zur Auflösung der Fraktion führte<sup>69</sup>. Nachdem die Linkspartei bereits bei der letzten Bundestagswahl an der 5-Prozent-Hürde gescheitert war und nur durch drei Direktmandate in den Bundestag einzog (Angenendt und Poguntke 2022), bedeutet der Austritt Wagenknechts und die Gründung des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) einen weiteren schweren Schlag für die Partei. Ihre Zukunft erscheint damit ungewisser denn je.

## Landtagswahlen 2023

### Berlin

Am 12. Februar fand die Wiederholungswahl zum Berliner Abgeordnetenhaus statt (Tabelle 2). Sie war vom Landesverfassungsgericht wegen umfangreicher Pannen bei der regulären Wahl 2021 angeordnet worden (Angenendt und Poguntke 2022). Wesentliche Themen im Wahlkampf waren bezahlbares Wohnen, Klimaschutz und die allgemeine Unzufriedenheit mit der Berliner Landesregierung<sup>70</sup>. Die CDU ging als stärkste Kraft hervor, gefolgt von SPD und Grünen. Die CDU profitierte von der Kritik am Senat und der als schwach wahrgenommenen Regierungsführung der Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD), die zusammen mit den Linken und den Grünen regierte. Die SPD erlitt Verluste, was teilweise der mangelnden Zugkraft Giffey zugeschrieben wurde, und erzielte ihr historisch schlechtestes Ergebnis in Berlin<sup>71</sup>. Die CDU wurde zum ersten Mal seit 20 Jahren wieder stärkste Partei im Abgeordnetenhaus und sah im Wahlergebnis einen klaren Regierungsauftrag für ihren Spitzenkandidaten Kai Wegner. Rund zweieinhalb Monate nach der Wahl stimmten sowohl die SPD als auch die CDU dem gemeinsamen Koalitionsvertrag zu und es kam zur Bildung einer großen Koalition<sup>72</sup>. Die SPD entschied sich für ein Bündnis mit der CDU, obwohl auch eine Fortsetzung der Koalition mit den Linken und den Grünen rechnerisch möglich gewesen wäre. Die Wahl zeigte eine klare Abkehr von der bisherigen Rot-Rot-Grünen Landesregierung, mit FDP-Verlusten, die als Signal für Unzufriedenheit mit der Ampel-Koalition auf Bundesebene interpretiert wurden.

### Bremen

Die Bürgerschaftswahl in Bremen fand am 14. Mai statt (Tabelle 2). Im Wahlkampf standen Themen wie Klima- und Verkehrspolitik, Kriminalitätsbekämpfung und das Bildungssystem im

---

<sup>67</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/wagenknecht-stellt-buendnis-vor-100.html>

<sup>68</sup> <https://www.faz.net/einspruch/sahra-wagenknecht-ein-juristischer-blick-auf-die-gruendung-der-neuen-partei-19286786.html>

<sup>69</sup> <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw49-linke-980766>

<sup>70</sup> <https://www.zeit.de/news/2023-02/12/lang-auftrag-fuer-bezahlbares-wohnen-und-klimaschutz>

<sup>71</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/berlin-wahl-175.html>

<sup>72</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/berlin-cdu-votum-103.html>

Fokus<sup>73</sup>. Die SPD gewann die Wahl mit 29,8 Prozent der Stimmen, gefolgt von der CDU mit 26,2 Prozent. Die Grünen erhielten 11,9 Prozent und verloren mit über 5 Prozentpunkten deutlich, während die Linkspartei mit 10,9 Prozent fast ihr voriges Ergebnis erzielte<sup>74</sup>. Beachtenswert ist, dass die Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) mit 9,4 Prozent ein Rekordergebnis erzielte und ihr vorheriges Ergebnis um 7 Prozentpunkte steigern konnte. Die FDP überschritt mit 5,1 Prozent der Stimmen nur knapp die Fünf-Prozent-Hürde. Aufgrund interner Unstimmigkeiten und der Einreichung konkurrierender Wahllisten durch zwei Parteigruppen wurde die AfD von der Wahl ausgeschlossen<sup>75</sup>. Nach vierwöchigen Koalitionsverhandlungen haben sich SPD, Grüne und Linkspartei auf eine Fortführung der bisherigen Koalition geeinigt<sup>76</sup>.

## Bayern

Am 8. Oktober wurde in Bayern ein neuer Landtag gewählt (Tabelle 2). Die CSU konnte ihre führende Position behaupten, allerdings mit einem historisch niedrigen Ergebnis. Die Freien Wähler wurden mit Zuwächsen als Koalitionspartner bestätigt, trotz der vorherigen Skandale um Parteichef Hubert Aiwanger: Er musste sich im Vorfeld der Wahl gegen den Vorwurf verteidigen, in seiner Schulzeit ein antisemitisches Pamphlet verfasst zu haben, was über Bayern hinaus Empörung auslöste<sup>77</sup>. Trotz der Kontroverse um dieses Flugblatt entließ Ministerpräsident Markus Söder seinen Stellvertreter Aiwanger nicht, sondern behielt als strategisches Ziel bei, nicht mit den Grünen zu koalieren<sup>78</sup>. In einem engen Wettbewerb um den zweiten Platz bei der Wahl konkurrierten AfD, Freie Wähler und die Grünen miteinander, wobei sich die Freien Wähler mit knappem Vorsprung durchsetzen. Der FDP misslang den Wiedereinzug in den Landtag<sup>79</sup>. Die Wahl war von zentralen Themen wie Umwelt-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik dominiert<sup>80</sup>.

## Hessen

Die Landtagswahl in Hessen fand am 8. Oktober statt (Tabelle 2). Die CDU verbesserte ihr vorheriges Wahlergebnis um fast 8 Prozentpunkte und wurde mit 34,6 Prozent der Stimmen stärkste Partei. Die AfD erzielte ebenfalls einen Zuwachs und erreichte mit mehr als 18 Prozent den zweiten Platz. Damit fuhr die Partei ihr bisher bestes Wahlergebnis in einem westdeutschen Bundesland ein<sup>81</sup>. Die anderen Parteien schlossen aber bereits vor der Wahl eine Kooperation mit der AfD aus. SPD und Grüne mussten Verluste hinnehmen und erhielten jeweils etwa 15 Prozent der Stimmen; für die SPD war es damit ein historisch schlechtes Ergebnis. Die

<sup>73</sup> <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/520950/14-mai-2023-wahlen-in-bremen/#node-content-title-7>

<sup>74</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/regional/bremen/rb-prognose-spd-gewinnt-wahl-in-bremen--gruene-mit-deutlichen-verlusten-100.html>

<sup>75</sup> [https://www.wahlen-bremen.de/Wahlen/2023\\_05\\_14/ergebnisse\\_gemeinde\\_04011000.html](https://www.wahlen-bremen.de/Wahlen/2023_05_14/ergebnisse_gemeinde_04011000.html)

<sup>76</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/bremen-landesregierung-einigung-rot-gruen-rot-100.html>

<sup>77</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/aiwanger-vorwuerfe-102.html>

<sup>78</sup> <https://www.sueddeutsche.de/bayern/markus-soeder-hubert-aiwanger-flugblatt-pressekonferenz-video-1.6189677?reduced=true>

<sup>79</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/landtagswahl-bayern-110.html>

<sup>80</sup> <https://www.br.de/nachrichten/bayern/landtagswahl-in-bayern-2023-termin-themen-kandidaten,TMD4uSM>

<sup>81</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/landtagswahl-hessen-104.html>

FDP überwand nur knapp die Fünf-Prozent-Hürde. Insofern verzeichneten alle auf Bundesebene an der Ampel-Koalition beteiligten Parteien bei der Landtagswahl Stimmenverluste. Die Linkspartei verpasste den Wiedereinzug in den Landtag<sup>82</sup>. Im Wahlkampf thematisierte die CDU Migration und innere Sicherheit, die Grünen forderten Klimaneutralität und die SPD setzte auf die Themen Bildung und Gesundheit. Die AfD setzte sich für schnellere Abschiebungen von Migranten ohne Bleiberecht ein und kritisierte den Ausbau der Windkraft. Neben der Wirtschaftspolitik legte die FDP einen Schwerpunkt auf Bildung, während die Linkspartei einen kostenfreien Nahverkehr forderte.<sup>83</sup> Im Dezember einigte sich die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Boris Rhein auf einen Koalitionsvertrag mit der SPD. Das Bündnis löst damit die vorherige Koalition aus CDU und Grünen ab, wobei Boris Rhein weiterhin Regierungschef bleibt.

---

<sup>82</sup> <https://www.hessenschau.de/politik/landtagswahl-2023-in-hessen-das-endgueltige-ergebnis-steht-fest-v1,offizielles-wahlergebnis-100.html>

<sup>83</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/landtagswahl-hessen-umfragen-kandidaten-themen-100.html#Themen>

**Tabelle 2: Landtagswahlen 2023**

	<b>Berlin<sup>a</sup></b>			<b>Bremen<sup>b</sup></b>			<b>Bayern</b>			<b>Hessen</b>		
Datum der Wahl:	12. Februar 20223			14. Mai 2023			8. Oktober 2022			8. Oktober 2022		
Anzahl Parlamentssitze:	159			87			203			133		
Wahlbeteiligung (%):	62.9 % (-4.0 %-Punkte)			56.9 % (-7.2 %-Punkte)			73.1% (+0.8 %-Punkte)			66.0% (-1.3 %-Punkte)		
Wählerschaft:	2,431,776			460,778			12,965,858			4,332,235		
Abgegebene Stimmen:	1,529,558			1,263,908			6,895,807			2,858,313		
Gültige Zweitstimmen (Prozent):	1,516,860 (99,3%)						6,822,123 (98,9 %)			2,813,313 (98,4 %)		
Gültige Erststimmen (Prozent):	1,514,567 (99,1%)						6,836,659 (99,2 %)			2,806,681 (98.2 %)		
Neue Regierungskoalition (Vorgängerregierung):	CDU-SPD (SPD-Linke-Grüne)			SPD-Grüne-Linke (SPD-Grüne-Linke)			CSU-FW (CSU-FW)			CDU-SPD (CDU-Grüne)		
Partei	Stimmen %	Sitze N	Gewinne/ Verluste %-Punkte	Stimmen %	Sitze N	Gewinne/ Verluste %-Punkte	Stimmen %	Sitze N	Gewinne/ Verluste %-Punkte	Stimmen %	Sitze N	Gewinne/ Verluste %-Punkte
Sozialdemokratische Partei (SPD)	18,4	34	-3,2	29,8	27	+4,9	8,4	17	-1,3	15,1	23	-4,7
Christdemokratische Partei (CDU)	28,2	52	+10,6	26,2	24	-0,4	37,0	85	-0,2	34,6	52	+7,6
Bündnis 90/Die Grünen	18,4	34	+3,2	11,9	11	-5,5	14,4	32	-3,2	14,8	22	-5,0
Die Linke	12,2	22	-3,4	10,9	10	-0,4	1,5	0	-1,8	3,1	0	-2,9
Freie Demokratische Partei (FDP)	4,6	0	-2,1	5,1	5	-0,9	3,0	0	-1,9	5,0	8	-2,5
Alternative für Deutschland (AfD)	9,1	17	-5,1				14,6	32	+4,4	18,4	28	+5,3
Freie Wähler							15,8	37	+4,2	3,5	0	+0,5
Bürger in Wut (BIW) <sup>c</sup>				9,4	10	+7,0						
Andere	9,0	0	-0,1	6,8	0	+4,1	5,3	0	-0,3	5,5	0	+2,9

Anmerkungen <sup>a</sup> In Berlin werden die Gewinne und Verluste in Bezug auf die letzte gültige Wahl zum Abgeordnetenhaus im Jahr 2016 berechnet. <sup>b</sup> In Bremen hat jeder Wahlberechtigte fünf Stimmen, die an die Kandidaten der Listen im jeweiligen Wahlbereich verteilt werden können. Diese fünf Stimmen können in beliebiger Weise vom Wähler auf Kandidaten (Personenwahl) oder auf Wahlvorschläge in ihrer Gesamtheit (Listenwahl) verteilt werden (Quelle: Wahlrecht.de /Landtage/ Bremen) <sup>c</sup> Die Partei Bürger in Wut (BIW) kandidiert nur im Bundesland Bremen. Quellen: Landeswahlleiter Berlin 2023; Statistisches Landesamt Bremen 2023; Landeswahlleiter des Freistaates Bayern 2023; Landeswahlleiter für Hessen 2023.

## Fazit und Ausblick

Das politische Jahr 2023 in Deutschland markiert eine signifikante Verschiebung von außenpolitischen zu innenpolitischen Konflikten, wobei sich die Ampel-Koalition in anhaltenden Streitigkeiten gefangen sah. Diese Entwicklung führte zu einer zunehmenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die sich in den Umfragen und auch in den Landtagswahlergebnissen widerspiegelte, wo die Ampel-Parteien teils erhebliche Verluste hinnehmen mussten. Parallel dazu verstärkte sich der Zuspruch zur AfD, ein Trend, der durch einzelne Wahlerfolge auf kommunaler Ebene untermauert wurde. Insgesamt waren die Landtagswahlen deutlich von den jeweiligen amtierenden Ministerpräsidenten geprägt. Wie schon in den vergangenen Jahren setzte sich der Trend zu einer zunehmenden Personalisierung der Wahlentscheidung fort.

Thematisch standen vor allem die Energie- und Finanzpolitik im öffentlichen Fokus, festgemacht an der Debatte um das sogenannte Heizungsgesetz und die Einhaltung der Schuldenbremse. Aber auch der Streit um die Kindergrundsicherung und eine restriktivere Migrationspolitik dominierten die politische Agenda. Die Landtagswahlen in Bayern, Hessen, Bremen und Berlin hoben regionale politische Verschiebungen und Herausforderungen, insbesondere für die Ampel-Parteien, hervor. Das Jahr stand deshalb im starken Kontrast zum Vorjahr, das von externen politischen Krisen dominiert wurde, und ließ die divergierenden finanz- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen innerhalb der Ampel-Koalition deutlich sichtbar werden.

Die künftige Politik in Deutschland steht im Zeichen der Frage, ob demokratische Parteien eine effektive Strategie gegenüber der rechtspopulistischen AfD entwickeln können. Ein Anfang 2024 bekannt gewordenes Geheimtreffen Ende November 2023 in Potsdam zwischen einzelnen Mitgliedern der AfD, der CDU, dem rechtskonservativen Verein Werteunion und dem Rechtsextremisten Martin Sellner, bei dem es um die „Remigration“ von Zuwanderern ging, löste einen Aufschrei in der Öffentlichkeit und landesweite Demonstrationen gegen Rechts extremismus aus. Dies hat die AfD politisch erheblich in die Defensive gebracht. Ob dies nachhaltige Auswirkungen auf ihren Wahlerfolg haben wird, ist bislang nicht klar zu erkennen. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang in jedem Fall die Migrationspolitik, da der starke Anstieg der Zuwanderung zu erheblichen Problemen auf der kommunalen Ebene und, damit verbunden, zu intensiven politischen Debatten führte.

Zudem wird sich zeigen müssen, ob es den Ampel-Parteien gelingt, ihre internen Differenzen effektiver zu managen und eine produktivere Zusammenarbeit zu etablieren, um das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen. Zukünftige Koalitionsbildungen, vor allem in den östlichen Bundesländern, wo die AfD traditionell stärker ist als im Westen, dürften mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert sein, weil alle anderen Parteien eine Zusammenarbeit mit der AfD ausschließen, was die Möglichkeiten für alternative Regierungskoalitionen, und damit auch für politische Richtungswechsel, erheblich einschränkt.

## Quellen und Literatur

- Angenendt, M. & Brause, S. (2024): The Long Way towards Polarised Pluralism: Party and Party System Change in Germany. In: Poguntke, Thomas; Hofmeister, Wilhelm (Hrsg.): *Political Parties and the Crisis of Democracy. Organization, Resilience, and Reform*. Oxford University Press (im Erscheinen).
- Angenendt, M. & Kinski, L. (2023): Germany: Political Developments and Data in 2022. The German *Zeitenwende*. *European Journal of Political Research Political Data Yearbook* 62 (1), p. 190–201.
- Angenendt, M. & Kinski, L. (2022): Germany: Political Developments and Data in 2021. The End of the Merkel Era. *European Journal of Political Research Political Data Yearbook* 61 (1), p. 171–192.
- Angenendt, M., & Poguntke, T. (2023): Die deutsche Parteienlandschaft im Jahr 2022. In: Zheng, C. (Hrsg.). *Blue Book of Germany. Annual Development Report of Germany 2022*. Beijing: Social Sciences Academic Press.
- Angenendt, M., & Poguntke, T. (2022): Die deutsche Parteienlandschaft im Jahr 2021. In: Zheng, C. (Hrsg.). *Blue Book of Germany. Annual Development Report of Germany 2021*. Beijing: Social Sciences Academic Press.
- Forschungsgruppe Wahlen (2023a): Politbarometer. Langzeitentwicklung: Politik II - Wichtigste politische Themen. Online verfügbar unter: [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Politik\\_II/#Probl1](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/#Probl1) (Zugriff: 02.02.2024).
- Forschungsgruppe Wahlen (2023b): Politbarometer. Langzeitentwicklung: Politik I - Projektion. Online verfügbar unter: [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Politik\\_I/#Projektion](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_I/#Projektion) (Zugriff: 02.02.2024).
- Landeswahlleiter Berlin (2023): Wiederholungswahl zum 19. Abgeordnetenhaus von Berlin am Sonntag, dem 12. Februar 2023 (Hauptwahl vom 26.09.2021). Online verfügbar unter: <https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/BE2023/AFSPRAES/agh/ergebnisse.html> (Zugriff: 02.02.2024).
- Landeswahlleiter des Freistaates Bayern (2023): Landtagswahl 2023. Endgültiges Ergebnis. Online verfügbar unter: [https://www.landtagswahl2023.bayern.de/ergebnis\\_tabelle\\_990.html#anker](https://www.landtagswahl2023.bayern.de/ergebnis_tabelle_990.html#anker) (Zugriff: 02.02.2024).
- Landeswahlleiter für Hessen (2023): Landesergebnis. Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl 2023. Online verfügbar unter: <https://wahlen.hessen-ltw23.23degrees.eu/wk/000000000000/details> (Zugriff: 02.02.2024).
- Statistisches Landesamt Bremen (2023): Wahl zur Bremischen Bürgerschaft. Endergebnis. Online verfügbar unter: [https://www.wahlen-bremen.de/Wahlen/2023\\_05\\_14/ergebnisse\\_ge-meinde\\_04011000.html#id\\_id\\_id\\_id\\_id\\_id\\_bfdb9bac\\_a6f5\\_40d6\\_a3bb\\_f109db97fbe5](https://www.wahlen-bremen.de/Wahlen/2023_05_14/ergebnisse_ge-meinde_04011000.html#id_id_id_id_id_id_bfdb9bac_a6f5_40d6_a3bb_f109db97fbe5) (Zugriff: 02.02.2024).

.....  
Eine chinesische Fassung erscheint in: Chunrong Zheng (Hrsg.) Blue Book of Germany. Annual Development Report of Germany 2023, Social Science Academic Press (China).

### **Zu den Autoren**

Dr. Michael Angenendt ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRUF), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Prof. Dr. Thomas Poguntke ist Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Politikwissenschaft und Co-Direktor des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRUF), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

### **Impressum**

Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRUF)  
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf | Universitätsstraße 1 | 40225 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Alexandra Bäcker

Tel.: 0211/81-15722 | E-Mail: [pruf@hhu.de](mailto:pruf@hhu.de) | [www.pruf.de](http://www.pruf.de)